Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Lützow 1902, 3248, 3394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20 % Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20 % Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20 % Teuerungszuschlag.

Nummer 388. Mittwoch, 13. August 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Ministerpräsident Bauer an Dr. Michaelis.

Der Präsident des Reichsministeriums Bauer hat an den früheren Reichskanzler Michaelis nachstehendes Schreiben gerichtet:

Ew. Exzellenz erwidere ich auf das Schreiben vom 2. August folgendes: In Beantwortung Ihres Ersuchens, die in der Nationalversammlung nicht mit verlesenen Schlußsätze Ihres Schreibens an den Generalfeldmarschall von Hindenburg der Oeffentlichkeit zur Kenntnis zu geben, hatte ich zunächst den Grund angeführt, warum die Schlußsätze nicht mit verlesen worden waren — nämlich, weil sie für belanglos gehalten wurden — gleichzeitig aber gebeten, falls Sie auf eine sofortige Veröffentlichung und zwar auch trotz der bereits von der Nationalversammlung beschlossenen Veröffentlichung des vollen Wortlautes Wert legen sollten, mich zwecks Veranlassung des Erforderlichen verständigen zu wollen. Dies bedeutet in der Ihnen vertrauten Amtssprache die restlose Bereitwilligkeit der Veröffentlichung.

In der von Ihnen der Presse gegebenen Erklärung heißt es dagegen — ich darf wörtlich zitieren —: „Der (der Ministerpräsident) hat . . . . . . sich bereit erklärt, wenn ich die sofortige Veröffentlichung wünschte, mich mit ihm verständigen zu wollen.“ Hier wird also, soweit die sprachlich nicht klare Fassung eine Deutung zuläßt, im Gegensatz zu meiner restlosen Bereitwilligkeit eine nochmalige Verständigung über die Veröffentlichung vorausgesetzt. Ich lege Wert darauf, dies klar zu stellen, weil eine unzutreffende Wiedergabe meines Schreibens den Eindruck erwecken könnte, als wenn ich der Veröffentlichung irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätte.

Sie haben dann diese meine Bereitwilligkeit mit der sofortigen Veröffentlichung Ihrerseits beantwortet unter der haltlosen Begründung, Sie hätten nicht erwarten können, daß ich meine Meinung ändere.

Welche Meinung? Bezüglich der Veröffentlichung war keine Aenderung notwendig, weil ich mich mit ihr einverstanden erklärt hatte, eine weitere Unklarheit, die zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte.

Meine Meinung über die Belanglosigkeit der Schlußsätze Ihres Briefes habe ich allerdings nicht geändert. Jeder, der Ihren Brief an den Generalfeldmarschall von Hindenburg unbefangen liest, wird mir zugestehen müssen, daß die fraglichen Schlußsätze für die Beurteilung des wesentlichen Inhaltes des Briefes ohne Bedeutung waren. Der springende Punkt war doch, warum die damalige Regierung keine entsprechende Erklärung über Belgien abgab, d. h. eine Erklärung, derzufolge Deutschland bereit war, Belgien bedingungslos aufzugeben. Gerade durch den Schlußsatz: „Wenn wir auf obiger Grundlage . . . der Welt den Frieden verschaffen könnten“, verweisen Sie nochmals auf Ihr durch Bedingungen wertlos gemachtes Programm. Denn in der obigen Grundlage waren eben die Forderungen inbegriffen, welche die nach Lage der Umstände erforderliche klare Erklärung bezüglich Belgiens unmöglich machten.

In der Ihnen nahestehenden Presse wird nun auf Grund Ihrer letzten Erklärung der Versuch gemacht, den Sinn Ihrer Worte dahin umzudeuten, daß Sie mit dem „noch so wertvollen Stützpunkt“, um dessentwillen nicht einen Moment länger Krieg geführt werden sollte, Lüttich verstanden hätten. Mit dieser Verschiebung wird sie wenig Glück haben. Sie wollten „auf obiger Grundlage“ Frieden schließen. Dazu gehört aber in erster Linie die Forderung von Lüttich und eines Sicherheitsgeländes. Der „noch so wertvolle Stützpunkt“ ist nichts anderes als die flandrische Küste, um welche damals in der Oeffentlichkeit und im Kronrat heftig gekämpft worden war und deren Besitz eben mit der Annexion praktisch gleichbedeutend war.

Daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg in Kenntnis der Vorgänge den Sinn der Wendung von dem „noch so wertvollen Stützpunkt“ sofort ebenso verstand, geht ja aus seiner Antwort hervor, in der er schreibt: „Ich verhehle mir nicht, daß in der Marine und in weiten patriotischen Kreisen ein Verzicht auf die flandrische Küste als ein schwerer Schlag empfunden werden wird, der nur dann gemildert werden wird, wenn die auch von Ew. Exzellenz der Marine zuerkannten Kompensationen zur Tat werden. Ich sehe mit General Ludendorff diese Kompensationen in- und außerhalb unseres Kolonialreiches.“ Die erwähnten „Kompensationen“ sind ein weiterer Beweis für den Mangel an Verständnis für die politische Lage in der damaligen Regierung und für die Reichhaltigkeit des Annexionsprogramms, an dem jede Friedensmöglichkeit während Ihrer Amtszeit scheitern mußte und gescheitert ist. Ew. Exzellenz sehr ergebener

Bauer.

Lansings Kreuzverhör.

—I. Frankfurt, 13. August. (Eigene Drahtmeldung.) Staatssekretär Lansing wurde am 6. August vom Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten einem Kreuzverhör über den Friedensvertrag unterworfen. Er hat die Senatoren laut „Frankfurter Zeitung“ im allgemeinen mit Redensarten abgespeist, ganz im Einklang mit einer von ihm zugegebenen telegraphischen Aufforderung Wilsons an Clemenceau, dem französischen Senat nicht die Sitzungsprotokolle der Friedenskonferenz zu enthüllen. Einige wichtige Eingeständnisse hat Lansing indessen gemacht, wie der „Times“ vom 8. August zu entnehmen ist:

1. gab er zu, daß die 14 Punkte so ziemlich Schiffbruch im Laufe der Erörterungen erlitten hätten (went by default), deren allgemeines Ziel die Herbeiführung einer auf gesundem Menschenverstand und Billigung beruhenden Regelung gewesen sei;

2. gab er der persönlichen Meinung Ausdruck, daß der Kaiser nicht in gesetzlicher Weise vor einen Gerichtshof gestellt werden dürfe.

Wilsons Kapitulation.

S. Haag, 13. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung der „Sun“ hat Präsident Wilson auch wieder in der ungarisch-rumänischen Frage kapituliert. Er hat seinen Widerstand gegen die Besetzung Budapests durch die Rumänen aufgegeben, protestiert aber nach wie vor gegen die Handlung der Rumänen in der Stadt.

Französische Truppen für Schleswig.

Besprechungen mit den Verbandsvertretern.

Eigene Drahtmeldung.

V. Kopenhagen, 13. August.

Die Apenrader dänische Zeitung „Heimdal“ erfährt aus Kopenhagen:

Im Anschluß an die Vorbereitungskonferenz, die die Mitglieder der internationalen Kommission in Kopenhagen abhielten, traten die Vertreter Englands, Frankreichs, Schwedens und Norwegens mit dem Minister H. P. Hansen in Verbindung, zum Meinungsaustausch über die Fragen, die im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark stehen. „Heimdal“ teilt weiter mit, daß das französische Kriegsschiff „Marseillaise“, das den neuen französischen Gesandten nach Kopenhagen gebracht hat, zur Verfügung der Verbandskommission in den dänischen Gewässern bleiben wird. Das Schiff hat eine Besatzung von 900 Mann. Während der Abstimmungszeit wird ein französisches Bataillon in Stärke von 1100 Mann nach Flensburg verlegt. Außerdem stellt Frankreich eine Landungsabteilung von 600 Matrosen der Kommission zur Verfügung.

Das Schicksal der Generale Liman von Sanders und Mackensen.

Wie die „P. P. N.“ erfahren, ist die Heimsendung des Generals Liman von Sanders nunmehr zugestanden worden. Nähere Regelung erfolgt durch die englische Regierung. Feldmarschall von Mackensen geht nach Saloniki. Seine Auslieferung wird im Zusammenhang mit der allgemeinen Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen im Auge behalten. General Franchet d'Esperey hat Anweisung erhalten, einen Besuch des Schweizer Generalkonsuls in Belgrad bei Feldmarschall von Mackensen in Futak zu genehmigen.

Deutsche Kolonisation in Amerika.

S. Haag, 13. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Coblenz haben deutsche Interessenten große Länderstrecken in Mexiko, Argentinien und Paraguay erworben, die sie mit deutschen Auswanderern kolonisieren wollen. Das Unternehmen sei durch eine halboffiziöse Korporation finanziert, die das vaterländische Interesse über das persönliche stellt.

Rückkehr der italienischen Murmanstreitkräfte.

te. Lugano, 13. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer römischen Stefani-Meldung haben die italienische Kommission und das italienische Expeditionskorps die Murmanküste am 9. August in Murmansk verlassen, um nach ihrer Heimat zurückzukehren.

Rückführung der tschechoslowakischen Truppen aus Sibirien.

Paris, 13. August. (Reuter.) Der Oberste Rat hat seine Einwilligung dazu erteilt, daß Großbritannien, Frankreich und Amerika gemeinsam die Rückführung der tschechoslowakischen Truppen aus Sibirien bewerkstelligen. Polk erklärte sich bereit, Wilson das Ersuchen zu unterbreiten, daß Amerika für die zu diesem Zweck notwendige Tonnage sorge.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

In der gestrigen vorbereitenden Sitzung mit den polnischen Delegierten ist, wie bereits gemeldet wurde, eine Vereinbarung über die Bildung von Kommissionen und Unterkommissionen für die Verhandlungsgebiete erzielt worden. Heute Vormittag fand im Reichsministerium des Innern eine Besprechung sämtlicher Behörden über die hiermit zusammenhängenden Fragen statt, insbesondere wurde die Beteiligung der einzelnen Ressorts an den verschiedenen Kommissionen festgelegt. Verhandelt wird über militärische, politische und administrative Fragen, über Leitung der Rechtspflege, Schul- und Kirchenfragen, Wohlfahrtseinrichtungen, Sozialversicherung, Staatsdomänen, Forsten, Ansiedlung, Rückgabe der Internierten und Kriegsgefangenen, Amnestie und Niederschlagung von Strafverfahren, wirtschaftliche und Verkehrsfragen, sowie die Regelung sämtlicher finanzieller Angelegenheiten, insbesondere auch die Auseinandersetzung bezüglich der Pensionslasten einschließlich der militärischen Pensionen. Die eigentlichen Verhandlungen dürften in den verschiedenen Kommissionen Ende dieser oder Anfang nächster Woche beginnen.

Die heutige Sitzung des Kabinetts.

Das Reichskabinett wird in seiner heutigen Sitzung in Weimar Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und Beamtenfragen beraten.

Radek.

Die Nachricht von der Entlassung Radeks sowie von seiner Uebernahme in Schutzhaft durch das Reichswehrministerium bestätigt sich. Diese Maßnahme ist eine durchaus legale auf Grund des Belagerungsgesetzes; sie ist der einleitende Schritt zur Abschiebung, mit der die Sowjetregierung sich einverstanden erklärt hat. Diese hat ausdrücklich zugesichert, daß ihrerseits eine Verwendung Radeks in Deutschland in Zukunft nicht mehr beabsichtigt sei.

Griechisch-italienische Verständigung?

Bern, 12. August. Wie „Secolo“ aus Paris erfährt, soll die griechisch-italienische Verständigung vollendete Tatsache und von großer Bedeutung für die beiden Mittelmeerländer sein.

Drohender Generalstreik der belgischen Staatsbeamten.

Amsterdam, 13. August. Aus Brüssel wird gemeldet: Der außerordentliche Kongreß des nationalen Syndikats der Arbeiter, die bei der Eisenbahn, Post, Telegraphie, Telephon und Schiffahrt angestellt sind, und an dem auch Vertreter des Bundes der Ministerialbeamten teilnahmen, beschloß mit 72 539 gegen 4000 Stimmen prinzipiell den Generalausstand. Als äußerstes Datum wurde der 17. August Mitternacht genannt. Jedoch wurde beschlossen, noch einen letzten Schritt bei der Regierung zu tun.

Die belgischen Verluste.

Versailles, 12. August. Nach einer offiziellen Nachricht aus Brüssel hat die belgische Armee während des Krieges an Toten verloren 982 Offiziere und 29 600 Mann. Im ganzen hatte Belgien mobilisiert 365 000 Mann und 14 000 Offiziere.

6000 Tonnen amerikanisches Schmieröl in Hamburg.

nn. Hamburg, 13. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach sechsjähriger Unterbrechung ist gestern im Hamburger Hafen der erste amerikanische Tankdampfer mit 6000 Tonnen hochwertigem amerikanischem mineralischem Schmieröl in Hamburg eingetroffen.

Der Finanzbedarf des Reiches.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

H. G. Weimar, 13. August.

Die großen Umrißlinien der Denkschrift über den Finanzbedarf des Reiches hatten wir schon mitgeteilt. Die jetzt vorliegende Arbeit bringt die angenommenen Ziffern von 17½ Milliarden Mark des künftigen Reichsbudget, derart, daß folgende Schätzung der Ausgaben des Reiches angegeben wird.

Schuldendienst 10 Milliarden (1913 230 Millionen). Fürsorge für Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene 4,3 Milliarden (1913 nichts).

Wehrausgaben 1,5 Milliarden (1913 2 Milliarden).

Verwaltung 1,7 Milliarden (1913 200 Millionen).

Es wird bemerkt, daß die Summe von 17½ Milliarden noch nicht endgültig ist, weil der Betrag aus der Liquidation der Kriegsgesellschaften, für die das Reich finanzielle Garantien übernommen hat, noch nicht feststeht und sowohl einen Gewinn wie auch einen Verlust ergeben kann. Weitere 6½ Milliarden Mark machen bekanntlich den Etat von Staaten und Gemeinden aus.

Die Denkschrift streift dann die finanziellen Ergebnisse des letzten Rechnungsjahres (für das Jahr 1919 betrug der veranschlagte Fehlbetrag 7 Milliarden Mark). Die eingebrachten neuen Steuern (Erwerbssteuer, Grundwechsel-, Zucker-, Tabak-, Vergnügungs-, Zündwaren- und Spielkartensteuer) werden in ihrem Gesamtergebnis auf 2 139 Millionen Mark geschätzt. Hiervon soll das Reich 1 854½ Millionen Mark erhalten, was einem Mehrertrag für das Reich von 1 205½ Millionen Mark entspricht. Außerdem wird das Erträgnis aus der außerordentlichen Kriegsabgabe 1919 und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs nach den Schätzungen einer jährlichen Ersparnis an Zinsenausgaben von 600 Millionen Mark gleichgesetzt. Demnach beläuft sich das Gesamtergebnis der vorliegenden Steuern auf rund 1800 Millionen Mark. Dem Reich werden dann aus laufenden Steuern insgesamt 7,6 Millionen Mark zur Verfügung stehen, wobei allerdings Voranschläge aus verschiedenen Rechnungsjahren eingesetzt werden mußten.

Im einzelnen sollen erbringen: Laufendes Steueraufkommen (Voranschlag 1914) 1767 Millionen Mark, Steuermehraufkommen 4036 Millionen Mark (davon 650 Millionen Mark Quittungssteuer und 805 Millionen Mark Kohlensteuer und Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs), laufendes Steueraufkommen aus der Steuervorlage Juli 1919 1200 Millionen Mark, Zinsersparnis aus dem Aufkommen der der Nationalversammlung vorgelegten Kriegssteuern 0,6 Millionen Mark.

Aus der Abtretung der uns verloren gehenden Landesteile wird sich aus diesen Steuern ein Verlust von etwa 10 % ergeben, den das Reichsfinanzministerium aber durch entsprechende Reform der Steuerverwaltung im Rahmen der reichseigenen Steuerverwaltung wieder einzubringen hofft.

Der Fehlbetrag betrüge dann immer noch bis zu 10 Milliarden Mark. Eine erste Ermäßigung kann erfolgen durch die Erträgnisse aus der Vermögensabgabe mit 2½—3 Milliarden und der Umsatzsteuer mit 3 Milliarden Mehrerlös (vorher eine Milliarde). Danach blieben noch 4—4½ Milliarden Defizit.

Die Denkschrift sagt dann zum Schluß: Zu beachten ist, daß daneben der gegen den Frieden um rund 3 Milliarden gestiegene Bedarf der Länder und Gemeinden zu decken ist. Für diesen ganzen Mehrbedarf von Reich, Ländern und Gemeinden wird der Ausbau des bisherigen Steuersystems nicht ausreichen. Es bedarf einer neuen grundlegenden Aenderung des bisherigen Systems durch Einführung einer umfassenden stark gegliederten sozial ausgestalteten Reichseinkommensteuer.

Unterbrechung der Versailler Besprechungen.

R. Basel, 12. August. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Pariser Havasnachricht werden die Besprechungen in Versailles bis zum 18. August unterbrochen.

Zustimmung der Verbündeten zum Londoner Vertrag.

Bern, 12. August. Wie „Corriere della Sera“ aus Paris meldet, hat Tittoni die Zustimmung der Verbündeten zum Londoner Vertrag erlangt. Der Text ist bereits dem Friedensausschuß des Parlaments zugegangen.

Die Weltarbeitskonferenz in Washington.

Vom

Arbeitersekretär Anton Erkelenz-Düsseldorf,
Mitglied der Nationalversammlung.

Amsterdam, 13. August. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington, daß Wilson die vom Friedensvertrage vorgesehene internationale Arbeiterkonferenz zum Oktober nach Washington einberufen hat.

„Da der Völkerbund die Begründung des Weltfriedens zum Ziele hat und ein solcher Friede nur auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden kann. Da es ferner für eine große Anzahl von Menschen mit Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrungen verbundene Arbeitsbedingungen gibt, wodurch eine solche Unzufriedenheit entsteht, daß Weltfriede und -eintracht in Gefahr gebracht werden . . . . Da endlich die Nichtannahme einer wirklichen menschlichen Arbeitsordnung durch irgend eine Regierung die Bemühungen der andern auf die Verbesserung des Brotes der Arbeiter in ihrem eigenen Lande bedachten Nationen verhindert, haben die hohen vertragschließenden Teile folgendes beschlossen . . . . .:

Es wird eine dauernde Organisation begründet, die berufen ist, an der Verwirklichung des eingangs dargelegten Planes zu arbeiten . . . . .“

So lautet die Einleitung zu Teil 13 des Versailler Friedensvertrages. Und zu den wenigen Bestimmungen dieses Vertrages, denen Deutschland und jeder Deutsche mit vollem Herzen zustimmen kann, gehören diese. Wir hatten uns zwar den Aufbau des Weltarbeitsrechts im Völkerbunde kräftiger und weitreichender vorgestellt, und von Versailles aus hat unsere Friedensdeputation dazu Vorschläge gemacht, die die Erreichung dieses Zieles auf besserem Wege erlaubt hätten. Nun aber der Friedensvertrag Recht geworden ist, stellen wir uns auf seinen Boden.

Artikel 424 des Vertrages nebst Anlagen bestimmen, daß die erste Hauptversammlung der Arbeitskonferenz im Oktober 1919 schon in Washington stattfinde. Damit erhebt sich schnell die Frage, ob Deutschland bis dahin in den Völkerbund aufgenommen ist, bezw. ob Deutschland an der Arbeitskonferenz teilnehmen kann, auch wenn es noch nicht dem Völkerbund angehört.

Kann die Weltarbeitskonferenz überhaupt nützliche Arbeit leisten ohne Teilnahme eines so bedeutenden Industrielandes wie Deutschlands? Jeder einzelne der eingangs aus der Einleitung des Abschnitts 13 wiedergegebenen Grundsätze ist eine unbedingte Verneinung dieser Frage. Ohne Deutschland gelingt es keinem anderen Industrielande, die Lebensbedingungen seiner Arbeitnehmer durch Schaffung einer „wirklichen menschlichen Arbeitsordnung“ zu heben. Ohne unsere Teilnahme und Mitarbeit muß unter den Arbeitern in allen Ländern eine Unzufriedenheit entstehen, „daß Weltfriede und Welteintracht in Gefahr gebracht werden“. Ohne Deutschland kann der Weltfriede nicht „auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden.“

Georg Barnes, der ehemalige Schlosser, spätere Generalsekretär des britischen Gewerkvereins der Maschinenbauer und jetzige britische Minister, kennt die sozialen Verhältnisse der Welt und seines Landes genau genug, um zu wissen, daß das soziale Elend in einem Lande dasselbe Elend in einem anderen hervorruft. Er hat diese Weltarbeitskonferenz gewissermaßen aufgebaut, er war der führende Kopf dabei. Als Abgeordneter eines Glasgower Wahlkreises weiß er, wie stark z. B. schon in Friedenszeiten die Lage und Arbeit der deutschen Schiffbauindustrie auf seine Wähler am Clyde einwirkte. Damals hatten wir in diesen und anderen Industrien respektable Arbeitsverhältnisse und waren für den britischen Arbeiter längst keine Konkurrenz im üblen Sinne des Wortes mehr. Heute haben wir Hunderttausende, Millionen Arbeitsloser und nur teilweise beschäftigter Arbeitskräfte, die eines Tages mit Naturgewalt in die Betriebe und zur Arbeit drängen und eine ernsthafte Gefahr für die Arbeiter aller anderen Industrieländer werden könnten. Damals und heute hatten wir Schutzvorschriften aller Art. Aber jeder Mann weiß, daß alle papierenen Dämme zerreißen, wenn die harte Lebensnotwendigkeit von Millionen dagegen drückt.

Mit Georg Barnes, mit Arthur Henderson u. a. habe ich 1911 bis 1913 vielfach in London und anderswo vor Riesenversammlungen auf der Rednertribüne gestanden, und wir haben bewiesen, wie eng der soziale Fortschritt der Arbeitnehmer aller Länder von einander abhängig ist. Diese 5 Kriegsjahre können diese Erkenntnis nicht verwischt haben.

Die Welt steht vor so ungeheuren und unabsehbaren wirtschaftlichen Umwälzungen, daß, wenn überhaupt, dann nur die gemeinsame Arbeit aller Völker sie bewältigen kann. Die Vereinigten Staaten, das von Kriegslasten am wenigsten bedrückte Land, erscheinen heute auf dem englischen und dem französischen Markte mit Waren, deren Preise zum Teil tief unter den Produktionskosten der Westmächte liegen. Deutsche Ware wird leider vielfach auf dem Umwege durch das besetzte Gebiet zu Preisen angeboten, die den Valutagewinn fast völlig in die Hände des ausländischen Handels fließen lassen, zum Schaden nicht nur Deutschlands, sondern auch des englischen und französischen Arbeiters. Auch jetzt im Frieden wird eine Völkerwanderung über den Erdball einsetzen, die in ihren wirtschaftlichen Dauerwirkungen selbst die Völkerwanderung übertreffen wird, die uns der Krieg gebracht. Sicher haben die besiegten Länder auf lange hinaus einen starken Menschenüberschuß, der sich über den ganzen Erdball ergießen wird. Inwieweit die siegreichen Länder dieselben Erscheinungen zeigen werden, steht noch nicht fest. In Europa sind fast alle Vertragsvereinbarungen zerrissen, die vor dem Kriege bestanden über die Gegenseitigkeitsleistungen der öffentlichen sozialen Versicherung zwischen den einzelnen Staaten. Die Vereinigten Staaten haben überhaupt noch nichts, was der deutschen und der britischen Arbeiterversicherung an die Seite zu stellen wäre.

Der ersten Weltarbeitskonferenz sind durch die Friedenskonferenz vor allem fünf Beratungsgegenstände überwiesen. Der Achtstundentag bzw. die 48-Stundenwoche, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft, Nachtarbeit der Frauen, gesundheitsschädliche Frauenarbeit, die Kinderarbeit und die Ausdehnung und Anwendung der Berner Konvention 1906. Kann man über diese Punkte Vereinbarungen treffen, ohne das drittgrößte Industrieland dabei mittun zu lassen? Die Frage stellen, heißt sie verneinen.